

Polnische Jahreszeiten

Jule Gatter-Klenk, geb. 1947, nach einem Publizistikstudium an der FU Berlin bis 1975 als Fernsehjournalistin beim WDR in Köln tätig. Danach 2 Jahre Entwicklungshilfe in Kenia. Von 1977 bis November 1981 freie Journalistin für Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen in Warschau. Seit 1982 freie Journalistin in Hamburg.

Der Winter voller Wut und Trauer, der den vorläufigen Schlußpunkt hinter die polnische Revolution von 1980/81 setzte, ist fast überstanden. Nicht zuletzt dank der Hilfe von Millionen Paketabsendern aus der ganzen Welt haben die Polen die ersten drei Monate des Kriegsrechts ohne größere ökonomische Katastrophe recht und schlecht durchlebt. Doch die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in dem Land, das 16 Monate lang Hoffnung für Millionen Europäer vorlebte, stecken in einer hoffnungslosen Sackgasse. 10 Millionen Bürger, so gibt selbst die gleichgeschaltete Presse zu, leben unter dem Existenzminimum. Zwar berichten alle Polenreisenden in diesen Tagen davon, daß die Versorgungslage spürbar besser geworden ist: Es gibt wieder Brot, Fleisch und Milch in den Läden. Aber wo früher der Warenmangel dazu zwang, den Gürtel enger zu schnallen, erfüllen heute die Preise dieselbe Funktion: Sie sind um bis zu 400 % gestiegen. Und selbst der Sprecher der Militärregierung, der inzwischen zum Major beförderte Propagandabarde Wislaw Górnicki, befürchtet nun im Gespräch mit einem holländischen Journalisten Schreckliches: Hunger für den Mai, wenn die Weizenvorräte zu Ende gehen, Zusammenbruch für den November, wenn die Industrie nicht einmal mehr auf dem jetzigen Niveau von 40 Prozent Kapazitätsauslastung dahinkümmern wird. Dann nämlich, befürchten die Generäle, wird der starke Arm des Rohstoff- und

Devisenmangels alle Räder zwischen Bug und Oder stillstehen lassen. Die Leidtragenden werden wieder einmal, in einem Lande, in dem die führende Rolle der Partei des Proletariats sogar in der Verfassung festgeschrieben ist, diejenigen sein, die immer zu leiden haben: die Proletarier.

Herbst voller Hoffnungen

Genau diesen Zustand zu beseitigen, waren Lech Wałęsa und seine 15000 Streikenden im August 1980 angetreten. Schluß sollte gemacht werden mit dem Wirrwarr in der Wirtschaft, dem Gefasel der Funktionäre, den Befehlen der Bonzen und dem Wohlstand für Wenige. Ein neues Polen wollten sie bauen, ein Land, das vielleicht nicht länger zu den ersten zehn Industrienationen der Welt gehören würde, aber ein Land, in dem es sich lohnte zu leben. Ein Land, in dem Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, Partei, Kirche und Gewerkschaft wenn schon nicht an einem Strang ziehen, so doch dasselbe Ziel haben würden: das Wohl des Vaterlandes.

Sie wollten aus ihrer Solidarität keine Untergrundorganisation machen. Eine legale, von Behörden und Gerichten akzeptierte Arbeitervertretung sollte diese Gewerkschaft sein. Es dauerte nur Wochen, da hatte die neue Organisation Mitgliederzahlen, die in die Millionen gingen. Woher diese Bereitschaft zum Engagement, woher dieser Wille zur Veränderung? Eine Erklärung aus dem Lehrbuch des Marxismus-Leninismus bietet sich an: In der Volksrepublik Polen herrschte im Sommer des Jahres 1980 eine revolutionäre Situation. Die wichtigste Ursache dafür war die in Jahren gewachsene Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, die der real existierende Sozialismus zu bieten in der Lage ist. Schlagen vor den Geschäften, fataler Kaufkraftverlust des polnischen Zloty, miserable Qualität von Waren und Dienstleistungen, kaum zumutbare Verhältnisse am Arbeitsplatz, verdeckte Arbeitslosigkeit und dazu offiziell angekündigte Preissteigerungen waren die unmittelbaren Auslöser der Bewegung. Doch zum Wunsch nach Protest gegen all dies kam das Bedürfnis nach Emanzipation von der für unfähig gehaltenen Machtelite des Landes. „Die da oben“, so hieß es allgemein, „haben nicht nur keine Lösungen für unsere Probleme, sie kennen unsere Schwierigkeiten nicht einmal.“ Die Politik des großen Sprungs nach vorn auf Pump des Genossen Edward Gierek hatte auf der ganzen Linie versagt. Ein gigantisches Stahlwerk mochte die Propagandisten zu Jubelstürmen hinreißen - der dort erzeugte Stahl führte nicht dazu, daß auch nur eine einzige Wohnung mehr gebaut wurde. Ein landwirtschaftliches Produktionskombinat empfing zur Einweihung den Besuch des Ersten Sekretärs aus Warschau - die Milchprodukte, die dort hergestellt wurden, gingen ins Ausland, um die Maschinen der Fabrik zu bezahlen. Ein Pole drang ins Weltall vor, auf sowjetische Kosten natürlich, seine Landsleute hatten nichts davon, außer einer neuen Briefmarke. Dies sind nur Beispiele für all das, was die Mitglieder der Solidarität in der Politik ihres Landes abschaffen wollten.

Was sich in Polen seit dem Sommer 1980 abspielte, war faszinierend und gefährlich zugleich. Faszinierend, weil sich hier offenbar ein Volk im Aufbruch zu neuen Ufern befand. Denn es war ja keineswegs so, wie uns die offizielle polnische Propaganda heute glauben machen will: Da waren ja nicht Arbeiter von in der Wolle gefärbten Antisozialisten verführt worden, da war die Mehrheit der Gesellschaft dabei, sich ein neues politisches Gebäude zu zimmern. Gefährlich, weil diese Entwicklung trotz aller anfänglichen Vorsicht an den Status Quo in Europa rührte und damit alle diejenigen in Panik versetzte, die sich von der Veränderung dieses Status Quo nur Nachteile versprachen. Diese Kräfte machten von Anfang an keinen Hehl aus der Tatsache, daß sie in der Gründung der Solidarität eine Sünde wider den Geist erblickten. Und von Anfang an waren diese Stimmen in den Massenmedien der sozialistischen Nachbarstaaten laut hörbar. In Polen selbst war die Linie der sogenannten Hartköpfe nach dem Danziger Abkommen höchst unpopulär, entsprechend kleinlaut verhielten sich auch diese konservativen Politiker. Man hatte, so wurde allgemein betont, in Danzig einen Gesellschaftsvertrag geschlossen. Einen Vertrag zwischen Herrschenden und Beherrschten, aber „ohne Sieger und Besiegte“, wie der Chefunterhändler der Regierung, Mieczyslaw Jagielski, noch auf der Lenin-Werft unter tosendem Beifall verkündete. Trotz solcher scheinbarer Übereinstimmung waren die ersten Schritte der Solidarität schwer genug. Kampf um die Registrierung bei Gericht, Kampf um die Entlassung inhaftierter Mitarbeiter aus dem Gefängnis, Kampf um die Durchsetzung der Danziger Vereinbarungen in der Provinz und nicht zuletzt Kampf um die Aufklärung der polnischen Vergangenheit. Jede dieser Auseinandersetzungen wurde erfolgreich bestanden, stärkte das Ansehen der Gewerkschaft bei den Bürgern und das Selbstbewußtsein ihrer Mitglieder nach innen. Vorderhand schien allen Kassandrarufen zum Trotz alles gut zu gehen. Die Regierung ließ — wenn auch unter Druck von Streikdrohungen — mit sich reden, die Sowjets hielten still und die Gewerkschaftsführung blieb bei dem stillschweigenden Teil der Danziger Absprache, der besagte: die Arbeitervertretung vertritt die Interessen der Bevölkerung gegenüber der Führung, sie verhindert Auswüchse von Polizeistaat und Funktionärsherrschaft, sie wird an den wesentlichen Entscheidungen der Innenpolitik mitbeteiligt. Dafür verzichtet sie darauf, Grundlagen der polnischen Außenpolitik in Frage zu stellen: die führende Rolle der Partei, das sozialistische Gesellschaftssystem, die Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt - Etikettenschwindel, natürlich. Denn die Mehrheit der Polen wollte ja den real existierenden Sozialismus nicht, wollte keine Alleinherrschaft der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und keine Bevormundung durch die Sowjetunion. Aber allen politisch Denkenden war klar, einen polnischen Sozialismus mit menschlichem Antlitz würde man nicht erreichen können, wenn diese drei Eckpfeiler zum Abriß freigegeben würden.

„Der Kampf um die Freiheit, einmal begonnen, entfaltet seine Kraft und wird vom Vater auf den Sohn vererbt“, hatten die streikenden Docker auf das Holzkreuz

vor dem Werfttor in Danzig geschrieben. Selbstbewußt, vielleicht zu selbstbewußt, rechneten die Polen darauf, daß die Sowjets es nicht wagen würden, sich diesem Kampf um die Freiheit entgegenzustellen. Schließlich waren sie ja mit ihrem afghanischen Vietnam beschäftigt. Nach einer augenzwinkernden Bemerkung, die der Journalist Rakowski machte, als er noch mit den Augen zwinkern konnte, marschiert die Sowjetunion nur alle zwölf Jahre bei einem ihrer Verbündeten ein. Nach Ungarn kam die Rote Armee 1956, in die Tschechoslowakei 1968, in Afghanistan war sie seit 1980, - da hatten die Polen doch wohl bis 1992 Zeit.

Der Sommer der Veränderungen

Die Gewalt des Wunsches nach Veränderung in den 16 Monaten der Solidarität läßt sich wirklich nur mit dem abgedroschenen Bild der Springflut vergleichen, die an einer Stelle den Deich durchbrochen hat. Mit jeder überwundenen Krise wurde dieser Wunsch stärker, wuchs die Risikobereitschaft. Die an der Reform Beteiligten nährten die Hoffnung, es werde gelingen, den gesellschaftlichen Wandel im Lande in jenen Grenzen zu halten, die Moskau gerade noch tolerieren konnte. Diese Grenzen waren nirgends eindeutig definiert, doch zur Vermeidung eines Konflikts würden die Sowjets sie schon so großzügig wie möglich ziehen. Mit Widerstand gegen diese Entwicklung aus Polen selbst rechnete niemand. Dazu schien die Notwendigkeit der Reformen allen nur allzu klar zu sein. Und hatte nicht General Jaruzelski schon während des Streiks erklärt, die Polnische Armee sei dazu da, die Landesgrenzen zu verteidigen, nicht aber dazu, polnische Arbeiter niederzuknüppeln. Bis zum Warschauer Abkommen über die Zulassung der Bauernsolidarität, mit dem Gewerkschaftschef Wałęsa und Vizepremier Rakowski einen drohenden Generalstreik abwendeten, schien diese Rechnung aufzugehen. Kein vernünftiger Mensch bestritt die führende Rolle der Kommunisten in der Gesellschaft. Das war auch gar nicht erforderlich, weil alle, außer den Kommunisten selbst, längst gemerkt hatten, daß dies die Hauptrolle in einem Stück war, für das sich die Polen nicht mehr interessierten. Niemand zog Polens Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager in Zweifel. Es änderten sich jedoch die Argumente dafür, warum Polen mit der Sowjetunion verbündet bleiben müsse. Nicht mehr nämlich wegen der angeblichen Überlegenheit der sozialistischen Errungenschaften und im Namen des proletarischen Internationalismus, sondern weil allein die Sowjetunion die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze gegen deutsche Begehrlichkeit garantiere und weil allein Bündnistreue die Sowjets veranlassen könne, sich dem polnischen Erneuerungsprozeß nicht entgegenzustellen.

Doch die Hoffnung vieler Polen, der Sowjetunion wäre ein aus rationalen Gründen überzeugter Verbündeter lieber als einer, der durch Druck bei der Stange gehalten wird, erfüllte sich nicht. Politischer Druck und propagandistisches Sperrfeuer

aus den „Bruderstaaten“ auf Polen verstärkten sich weiter und gaben solchen polnischen Kommunisten Auftrieb, denen von Anfang an die ganze Richtung nicht paßte und die sich dringend eine Wiederkehr der Verhältnisse von vor dem August 1980 wünschten. Zum Schaden Polens und des Sozialismus sorgten diese Unverbesserlichen dafür, daß sich jener Prozeß nicht vollziehen konnte, den die politischen Führer des Landes so vollmundig priesen: der Einbau der Arbeiterklasse und ihrer Vertretung, der Solidarität, in das System der politischen Willensbildung des Staates. So kam es, daß sich auf der anderen Seite, bei den jungen Gewerkschaftern, nicht jenes Vertrauen in die Redlichkeit der Gesprächspartner von Partei und Regierung entwickeln konnte, das nötig gewesen wäre, um den Reformprozeß gemeinsam in den erforderlichen politischen Grenzen zu halten. Aus der Mißachtung ihres politischen Anspruchs entwickelten sie Frustrationen, möglicherweise sogar Arroganz gegenüber den herrschenden Staatsorganen.

Der Prozeß der gegenseitigen Aufschaukelung begann, Selbstüberschätzung bei den Radikalen in der Solidarität korrespondierte mit angstvollem Zynismus in der Partei. Dem Mahner Rakowski erging es mit seinen immer häufiger werdenden Aufrufen zur Vernunft wie dem Hirten in der Fabel mit dem Wolf: Er warnte so oft vor Blutvergießen und nationaler Katastrophe, daß ihm schließlich niemand mehr Glauben schenkte. Gleichzeitig witterten, bei fortdauernder Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die linientreuen Parteileute Morgenluft. So wie die Revolution der Solidarität auf dem Boden der Wirtschaftskatastrophe gewachsen war, entstand nun die Konterrevolution ebenfalls aus den Schwierigkeiten der Versorgungslage. Noch am 1. Mai 1981 demonstrierten Parteifunktionäre und Solidarität-Leute, Kirchenmänner und Veteranen des Zweiten Weltkrieges einträchtig für die Rechte der Arbeiter in den Straßen der polnischen Städte.

Zu dieser Zeit aber müssen die Putschpläne bereits in Umrissen fertig gewesen sein. Nicht der Plan für einen sowjetischen Einmarsch, an den uns die offizielle Generallesart glauben lassen möchte, aber auch nicht der Plan für die Machtübernahme der Solidarität in Polen. Der Plan des Regierungsduos Jaruzelski und Rakowski, den weiteren Machtverlust der Kommunisten in Polen durch eine Machtübernahme des als integer und effizient geltenden polnischen Militärs zu verhindern, muß zu diesem Zeitpunkt schon mindestens andiskutiert gewesen sein. Warnungen, die der Solidarität über diese Absichten zugetragen wurden, schlugen die Gewerkschaftsführer im Vertrauen auf die Legalität ihrer Arbeit und die Stärke ihrer Organisation in den Wind, sagen heute Polen in der Emigration. Doch ist auch eine andere Möglichkeit denkbar: Lech Wałęsas Konzept war von Anfang an auf Gewaltlosigkeit ausgerichtet. Noch beim Streik auf der Werft hatte er gesagt: „Wenn die uns hier ausräuchern wollen, werden wir uns nicht wehren, wir werden uns wie die Hühner davontragen lassen.“ Im Konzept des Danzigers und seiner Berater - und das ist das eigentlich historische Neue an dieser polnischen Revolution - hatten Kampf und

Blutvergießen keinen Platz. Konsequenter als die Regierungsseite exerzierte er vor, daß sich grundlegende gesellschaftliche Veränderungen auch im Sozialismus erreichen lassen, ohne daß hinterher von der einen oder anderen Seite Opfer zu beklagen sind.

Ein Winter des Zorns und der Trauer

Die Hoffnung währte bis zu jenem 13. Dezember 1981, als in Warschau wieder einmal der Wunsch begraben werden mußte, im Machtbereich der Sowjetunion einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu schaffen. Denn müßig ist die Diskussion darüber, ob Jaruzelski und Rakowski als verzweifelte polnische Patrioten handelten oder als Befehlsempfänger aus Moskau. Nutznießer ihrer Maßnahmen ist in jedem Fall das Sowjetimperium. Die polnischen Konterrevolutionäre in Regierung und Partei verfahren nach einer historisch bewährten Maxime: „Auf die Köpfe muß man schlagen, nicht auf die Finger.“

Planung und Durchführung der Nacht-und-Nebel-Aktion müssen die Bewunderung von Jaruzelskis Fachkollegen wecken. Kaum ein Kenner der polnischen Szene hätte vermutet, daß eine Organisation von fast zehn Millionen Mitgliedern so elegant und problemlos aus dem politischen Verkehr zu ziehen sein würde. „Kompliment, Herr General,“ kann man da nur sagen: „Zumindestens was die Überwältigung der eigenen Nation angeht, sind Sie ein Meister Ihres Fachs.“ Zunächst einmal gebührt Jaruzelski „Anerkennung“ für diese Geheimhaltung, und noch dazu in einem Land, dessen Bürger einen der vorderen Plätze in der Weltrangliste der Gerüchteverbreiter einnehmen; dann für die sorgfältige Auswahl der vertrauenswürdigen Miliz- und Staatssicherheitseinheiten, die in geradezu preußischer Pflichterfüllung dafür sorgten, daß alte Männer, schwangere Frauen, waffenlose Studenten und Mütter und Väter unter Zurücklassung von Säuglingen und Kleinkindern nachts, bei minus 20 Grad Celsius, auf LKWs verladen und innerhalb von Stunden in die Internierungslager gebracht werden konnten; und schließlich für die Menschlichkeit, mit der der Militärratssprecher in seiner frisch maßgeschneiderten Uniform beklagte, daß viele Verhaftete leider „vergessen“ hätten, sich Winterkleidung mit in die Gefangenschaft zu nehmen.

Fünf, nein neun, nein elf Menschen seien bei den Widerstandsaktionen nach dem 13. Dezember umgekommen, und einer davon habe schließlich, wofür keiner verantwortlich zu machen sei, bei einer Demonstration in Danzig einen tödlichen Herzanfall erlitten. Einer der Architekten dieses Plans, der stellvertretende polnische Ministerpräsident Mieczyslaw Rakowski, hat zum Glück im Westen einen engen persönlichen Freund, den er noch nie angelogen hat. Dem hat er nachts in Bonn etwas anvertraut: Es gab nämlich zu Beginn der Aktion höchsten knapp über 5000 Internierte, und wenn gegen sie Übergriffe vorgekommen sein sollten, dann tut das

den Generalen sehr leid. Mein kleiner Sohn, der Heimweh nach Warschau hat, hat dafür auch schon eine Formel gefunden: „Mama, wenn der Krieg in Warschau vorbei ist, werden die Kriegsmenschen dann sagen: Entschuldigung?“ Natürlich werden sie sich hinterher entschuldigen. Und sei es nur, weil ihnen aufgeht, daß ihr großer patriotischer Rettungsplan bestenfalls aus Polen die traurigste Baracke im sozialistischen Lager gemacht hat und schlimmstenfalls unter den Prozeß der Entspannung zwischen Ost und West einen Schlußstrich zog. Wenn in Polen heute auf Gewerkschafter Kopfgeld ausgesetzt wird, dann erledigt sich doch wohl die Frage, ob der Oberkommandierende, der das befahl, Marschall Rokosowski heißt oder Armeegeneral Jaruzelski.

Die Reaktion des Westens hat wieder einmal bestätigt, daß sich Europäer und Amerikaner offenbar nicht auf sinnvolle Antworten einigen können. Klar ist nur eins: Weder Rasseln mit dem Säbel noch Schleichen mit elastischen Beinen sind eine angemessene Reaktion. Auch die Bonner „Eins-Zwei-Wechselschritt-Politik“ hilft den Polen wenig; sie bestärkt nur das Militärregime in der Einschätzung, man könne — Helsinki oder nicht — tun und lassen, was man wolle. Und die Sanktionsschwüre aus Washington lassen außer acht, wie leicht Sanktionen immer dann unterlaufen werden, wenn eigene Interessen auf dem Spiel stehen. Schlimmer noch, diese Politik vergißt, was der Warschauer Regierungssprecher Jerzy Urban zynisch-deutlich so formulierte: „Ich kann mir keine Regierung vorstellen, die Hunger leidet. Sanktionen treffen immer nur die Bevölkerung.“ Ungeachtet der westlichen Reaktionen und der westlichen Verständigungsprobleme hat Polen durch die Maßnahmen der Warschauer Machthaber nun den politischen Nullpunkt erreicht: Eine Lockerung der Militärdiktatur ist schwer möglich, weil man sonst mit Widerstandsaktionen der Solidarität rechnen muß. An eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ist nicht zu denken, weil man Wirtschaftsreformen auf einem politisch-gesellschaftlichen Friedhof nicht verwirklichen kann - dafür braucht man die aktive Mitwirkung der Gesellschaft.

Eine Wiederaufnahme des Dialogs mit der Gewerkschaft wird nicht stattfinden, weil jeder Gewerkschafter, der mit dieser Regierung spricht, in Verruf käme. Selbst der sonst mit politischen Stellungnahmen sehr zurückhaltende Primas von Polen, Erzbischof Józef Glemp, erklärte noch im Februar, daß man sich nicht mit Leuten an einen Tisch setzen könnte, die das Land mit Terror überziehen. Seine jüngste Forderung an die Machthaber, ihre Verständnisbereitschaft durch die Freilassung von Lech Wałęsa zu beweisen, zeigt nur, wie sehr sich die Fronten verhärtet haben und wie wenig man sich in Warschau auf dem Weg zur Normalisierung bewegt.

Einen Ausweg aus der derzeitigen Sackgasse bietet also nur die Installierung des Kriegsrechts als Dauerzustand in der Volksrepublik. Da könnte dann auch eine sowjetische Intervention kaum noch als das größere Übel gelten. Polen ist ein dichtbe-

völkertes Industrieland. Widerstandsaktionen wie in der afghanischen Bergwüste sind hier schwer durchführbar. Der Warschauer Militärputsch ist also nur insofern das kleinere Übel, als sich die Sowjetunion direkt die Hände nicht schmutzig zu machen brauchte. Bis jetzt jedenfalls noch nicht, bis sich nicht die Parole des polnischen Untergrunds bewahrheitet, die in den vergangenen Wochen überall im Land immer wieder zu lesen ist: „Der Winter gehört euch — der Frühling ist unser!“

Wir — die Beobachter und die Politiker — haben nicht gewußt, wie es geschehen würde, aber daß in Polen etwas geschehen würde, das haben wir gewußt. Wir haben versäumt, uns rechtzeitig eine Politik für den Eventualfall zurechtzulegen, weil wir die irrationale Hoffnung hatten, in Polen würde es endlich einmal gutgehen. Nun, fast schon *nach* den polnischen Ereignissen, stehen wir vor der Tatsache, daß spätestens in einem guten Jahrzehnt dieselbe Lage in einem anderen europäischen Ostblockstaat entstehen wird. Sei es nun Rumänien oder Bulgarien oder eines der Länder, die den Ausbruch aus dem Imperium schon einmal wagten - wir werden wieder hilflos und mit leeren Händen dastehen.